

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 18

Artikel: Drohung sinkt, Gefahren steigen
Autor: Stürmer, Michael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092779>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Michael Stürmer zum Umbruch der Sicherheitspolitik

Drohung sinkt, Gefahren steigen

Zu der von den «Winterthur»-Versicherungen veranstalteten internationalen Tagung in Montreux (vgl. «zeitbild» Nr. 17/93), an der auch Michail Gorbatschow als Referent teilnahm, hielt der deutsche Politologe und Sicherheitsexperte Prof. Michael Stürmer einen stark beachteten Einführungsvortrag. Wir veröffentlichen die Analyse «Nach dem Ende der bipolaren Weltordnung» leicht gekürzt in zwei Teilen.

1989 war Annus Mirabilis für Europa. Ein einflussreicher Berater vieler Krenlherren kündigte dem Westen etwas Neues an: «Wir werden euch etwas Furchtbares antun, wir werden euch den Feind nehmen.» Inzwischen ist der alte Feind weniger Gegenstand der Furcht und mehr Gegenstand der Sorge. Aber für mehr als vierzig Jahre waren die sowjetische Bedrohung und der amerikanischen Schutz das doppelte organisierende Prinzip westlicher Sicherheit. Jetzt geht es nicht allein um die Frage, ob der Westen die Desintegration des Ostens überleben kann. Der Westen sieht sich auch vor Risiken und Gefahren, die man nicht wegwünschen kann. Die Drohung sinkt, die Gefahren steigen: Darauf muss man sich einstellen.

Vierzig Jahre des Kalten Krieges in Europa erzeugten eine surrealistische Stimmung im Westen, die beides umfasste: langfristig Untergangsgefühle und kurzfristig Sicherheitsgefühle. Der zweideutige Charme des langen nuklearen Friedens wird erst jetzt klar sichtbar, da er dahin ist. Die Welt war global, bipolar und nuklear: «Friede unmöglich, Krieg unwahrscheinlich», nach Raymond Aron.

In Grenzen konnte der Kalte Krieg beschrieben werden in einer Schachmetapher: Beide Seiten gegeneinander aufmarschiert von der Norwegischen See bis zu den Dschungeln von Vietnam, insgesamt eine «rough balance» der Kräfte, Satellitenstaaten oder Schutzbefohlene unter strenger Kontrolle, kleinere Streitigkeiten erlaubt, grössere Kraftproben vorsichtig kontrolliert, Schachmatt unter allen Umständen zu vermeiden, da dem einen Matt das andere binnen Minuten hätte folgen müssen. Die Spielregeln, am Anfang noch wild, wurden seit der

Analytiker und Kanzlerberater

Professor Stürmer wurde 1938 in Kassel geboren, studierte unter anderem an der London School of Economics, der Freien Universität Berlin und der Philipps-Universität in Marburg, wo er 1965 promovierte. Seine akademische Laufbahn als Historiker führte ihn an die Wirtschaftshochschule Mannheim, an die Technische Hochschule in Darmstadt und an die University of Sussex. Er habilitierte an der Technischen Hochschule Darmstadt 1971. Er lehrte an verschiedenen renommierten Universitäten im Ausland, wie z. B. an der Pariser Sorbonne, am Centre for International Studies der University of Toronto und an der School for Advanced Studies in Bologna. 1984 wurde er zum Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung berufen, 1986 zum Vorsitzenden des Forschungsbeirates des Center for European Studies in Brüssel. Seit 1987 erarbeitet er als Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen Studien im Auftrag der Bundesregierung, berät den deutschen Bundeskanzler, gibt Schriftenreihen heraus und pflegt den wissenschaftlichen Austausch mit ähnlichen Einrichtungen unterschiedlichster Herkunftsstaaten, die sich mit derselben Thematik befassen.

Berlin- und Kuba-Krise 1961/62 kultivierter und umfassten mehr und mehr Kooperation in strategischen Fragen vom heissen Draht zum Nonproliferationsvertrag, zu Salt I und II und, wohl am wichtigsten, dem ABM-Vertrag. Das Berlin-Abkommen der vier Mächte 1971 ebenso wie der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag 1973 sollten in diesem Zusammenhang genannt werden, die Schlussakte von Helsinki 1975 und der KSZE-Prozess seitdem.

Grundlegender Wandel der Verhältnisse

Diese übergreifenden Strukturen haben noch dazu beigetragen, das System der Bipolarität 1990 friedlich und gemeinsam in Pension zu schicken. Seitdem aber ist die Weltszene so verändert, dass man sie nicht wiedererkennt, vor allem dank der Erschöpfung, welche die Sowjetunion durch imperiale Überdehnung, technische Rückständigkeit und ein Übermass an Rüstung erreichte. Das Endspiel hatte sich über zehn Jahre vorbereitet. Und Andropow ebenso wie Gorbatschow waren nicht Erzeuger der Krise, sondern schon ihr Erzeugnis, und beide hatten den Auftrag des Politbüros, durch Reform von oben das Imperium zu retten. Statt dessen wurde es durch eine Revolution von innen zerstört. Der

definitive Moment kam mit dem Ende der Berliner Mauer: Checkpoint Charly war der Punkt gewesen, der die Welt stabilisierte, solange er dauerte, und der, als er entfiel, zugleich die Weltordnung entfallen liess, die zu Jalta und Potsdam 1945 entstanden war.

Inzwischen kann man nicht nur die bipolare Welt in verschiedenen Stadien der Auflösung beobachten, sondern auch die Reste der Ordnung von 1919 und ihre konstitutiven Elemente, die den Weg allen Fleisches gehen. Dazu kommt, dass alte Kapitel der Geschichte, lange vergessen und verstaubt, wieder aufgeblättert werden und die alten Dämonen auf den Gräbern tanzen. Russland hat auf seinem Rückzug mittlerweile die Grenze erreicht, von denen Peter der Grosse vor dreihundert Jahren aufbrach, um ein Imperium zu erwerben, und niemand kann sagen, ob dies das letzte Wort ist oder nur ein Zwischenspiel. Das Osmanische Reich kommt aus der Versenkung wieder hervor, und das Habsburger Reich wirft einen langen Schatten auf die Länder südlich und nördlich der Donau. Und man sollte bei alledem nicht die Hochebenen Zentralasiens vergessen, die alten Religionen und die Stammesloyalitäten, die erlittenen Bitternisse und die unvergessenen Triumphe. Die Geschichte kommt wieder, ohne Zweifel, aber das bedeutet nicht, dass sie sich wiederholt. Wörtliche Wiederholung ist wahrscheinlich das einzige Szenario, das auszuschliessen ist, wenn auch einige tragische Ironien und Missverständnisse vorkommen werden.

Langfristig Untergangsgefühle und kurzfristig Sicherheitsgefühle.

Das Endspiel hat sich über zehn Jahre vorbereitet.

Transatlantische Unwägbarkeiten

Aber Russland ist nicht die einzige Macht, die sich vom Superpower-Spiel entfernt hat. In geringerem Grade gilt dies auch für die Vereinigten Staaten. Die Europäer können nicht mehr länger auf sie mit jener Sicherheit zählen, die vierzig Jahre lang tragende transatlantische Formel war. Die Amerikaner übernahmen am Golf die Führung, aber ein Jahr später an der Adria hat man sie nicht gesehen, und das Unglück nahm seinen Lauf. Washington kann sich seine Engagements fast in Freiheit aussuchen, und es zeigt sich, dass die Amerikaner nicht den globalen Sheriff spielen wer-

den. In der auswärtigen Politik suchen sie wieder den Abstand dreier Ozeane, während sie doch in schlechten Zeiten des Kalten Krieges statt Freiheit nur Notwendigkeit um sich sahen. In der Innenpolitik ist es offenkundig, dass sie eine drückende Agenda vor sich haben und dass andere gebeten werden, die Last der Welt zu tragen. Europa aber wird die Vereinigten Staaten haben, die es verdient.

Die Europäer hatten ihr Rendezvous mit der Geschichte, aber sie sind noch nicht in der Wirklichkeit angekommen. Sie leisten sich malaise und morosité, statt die tiefbedrohte Sicherheit neu zu begründen: Die alte Sicherheit ist dahin, die neue nicht in Sicht. Die Party ist vorbei, und es ist offenkundig, dass kein Staat auf eigene Faust, nicht einmal die Vereinigten Staaten und schon gar nicht Russland, die Aufräumungsarbeit bewältigen können. Es wird schwieriger als jemals zuvor, Sicherheit herzustellen, wenn Krisen ausbrechen in der Grössenordnung, die sich jetzt abzeichnet. Wenn wir es vermeiden wollen, die Geschichte erneut zu durchleben, dann müssen wir das organisierende Prinzip, das nicht mehr von aussen kommt, in uns selbst finden: in unseren Interessen, in unserer politischen Erfahrung, in unserer Voraussicht. Ein wirksamer Rahmen der Kooperation des Friedentiftens und der Abschreckung bleiben Lebensbedingung für jede Stabilität mittel- oder langfristige.

Die Drohung sinkt, die Gefahren steigen. Nach dem Kalten Krieg heisst der Feind, wie Präsident Bush 1991 bemerkte, Unsicherheit und Instabilität. Vier Hauptdimensionen künftiger Instabilität kann man heute bereits identifizieren, aber was wir noch nicht kennen, ist die Chemie, die zwischen ihnen zu Reaktionen führen wird, die nicht immer kontrollierbar sind:

Die sowjetische Erbfolge mit ihren Auswirkungen sowohl auf die Staaten und Völker der früheren Sowjetunion als auch auf die Aussenwelt. Keiner der Nachfolgestaaten weist ein auffallendes Mass an innerer Stabilität auf. Der Commonwealth of Independent States «has little in common and no wealth», spottete die Financial Times zu seiner Geburt. Inzwischen ist deutlich, dass die Ukraine die Sache nur als flüchtige Erbengemeinschaft sieht, während Kasachstan, Usbekistan und andere Nachfolgestaaten ein dauerhaftes Arrangement mit Russland suchen. Russland betrachtet das Gebiet der früheren Sowjetunion als Schutz- und Einflussphäre. Die seit 18 Monaten in Gang befindliche Definition der neuen russischen Militärdoktrin sieht Bedrohungen kommen aus dem Hegemonialanspruch einer feindlichen Macht, vor allem aber aus dem Schicksal von 25

Die Europäer hatten ihr Rendezvous mit der Geschichte, aber sie sind noch nicht in der Wirklichkeit angekommen.

Millionen Russen, die in den verlorenen Teilen des Imperiums leben. Was die sowjetischen Erben noch immer verbindet, ist das gemeinsame Interesse, kein nukleares Jugoslawien zu werden, dazu eine erschreckende Liste von Problemen ohne Lösung: umstrittene Grenzen, die Abwesenheit administrativer Strukturen und Routinen, mangelnde Erfahrung mit dem Rechtsstaat, eine abstürzende Währung und ein Banksystem, das nur sehr langsam Kompetenz gewinnt, heruntergewirtschaftete Industrien und ein schlecht angepasster, aber mächtiger militärisch-industrieller Komplex, der einmal 60 bis 70 Prozent der sowjetischen Industrieproduktion erzeugte. Es ist noch nicht ausgemacht, dass Russland, wo die politischen Egos um die Wette wachsen zusammen mit den wirtschaftlichen Interessengegensätzen, zusammenbleibt unter mehr als einer nominellen Moskauer Oberhoheit. Gegenwärtig deutet alles darauf hin, dass Trennungen stattfinden und sich vertiefen werden.

Die Auswirkung der sowjetischen Erbfolge auf die Aussenwelt ist noch kaum absehbar: Westeuropa könnte sich ökologischen Problemen einer neuen Grössenordnung gegenübersehen: Unbewohnbarkeit ganzer Landstriche in Russland, Zusammenbruch gigantischer Industrien oder Ausbrennen nuklearer Reaktoren. Die Energieversorgung geht zurück und ist von Krisen geschüttelt, obwohl doch die Sowjetunion einmal der Welt grösster Erdölproduzent war. Die Ukraine und die meisten Länder Ostmitteleuropas sind bei Öl und Gas abhängig von den sibirischen Lieferungen, umgekehrt bleibt Russland abhängig von der Benutzbarkeit der Leitungen. Beides ist nicht mehr gesichert. Westeuropa hat die European Energy Charta entwickelt. Aber das ist ein Rahmen, noch lange kein Bild. Völkerwanderungen können kommen, als Ergebnis von Massenarmut, Hunger und Bürgerkrieg, aber auch, eher langsam und einsickernd, Wanderung aus der Armut in den Wohlstand. Schon jetzt gibt es Kriege in Tadschikistan und vor allem im nördlichen Kaukasus, aber auch zwischen Armenien und Aserbaidschan. Bisher waren sie vom Westen weitgehend ignoriert, aber sie machen Schule und breiten sich aus, und vor wenigen Wochen sagte der russische Verteidigungsminister den Deutschen, die Lage im Nordkaukasus gebe zu schwerer Sorge Anlass. Oft sind Teile der früheren Sowjetarmee involviert mit ihren Arsenalen. Bisher ist nicht erwiesen, dass nukleare Abschreckung noch einmal einen beruhigenden Effekt haben kann.

Man sollte indessen nicht allein auf Russlands Niedergang schauen, sondern auch auf die Ressourcen, die das Land noch immer hat, eingeschlossen seine Menschen, die dafür sorgen werden,

dass nach einer langen Zeit der Wirren, die Jahrzehnte dauern kann, Russland wieder aufsteigen wird: neun Zeitzonen, ein Achtel der Landmasse der Erde, 150 Millionen intelligente Menschen, an die 30 000 nukleare Waffen. Wenn die Agrarwirtschaft modernisiert, eine Verwaltung westlichen Musters eingerichtet werden kann, der Energiesektor wieder floriert und fremde Investitionen herinkommen, dann wird Russland wieder eine Grossmachtrolle spielen, und dann wird dort auch eine dynamische Wirtschaft der neuen Grossmacht den Unterbau geben. Henry Kissingers Furcht, es würden in zehn Jahren Russland und Deutschland die Erde erben, ist wahrscheinlich etwas weit hergeholt. Aber es ist nicht falsch, über das Krisenmanagement hinauszudenken, es ist sogar notwendig. Wir müssen heute wissen, welche Art von Russland in welcher Art von strategischem Gleichgewicht wir in den frühen Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts sehen wollen — und was wir dafür tun wollen.

Der islamische Krisenbogen ist voller Konflikte und Ungewissheiten, nach dem Golfkrieg noch mehr als davor. Die islamische Welt hat wenig oder kein einheitsverbürgendes Formprinzip. Tatsächlich gibt es wenig, was die Staaten von Indonesien bis Marokko miteinander teilen, ausser der subtropischen bis tropischen Lage, der Resistenz gegen westliche Formen von Rechtsstaat, Individualität und Demokratie, der Schwäche aller langfristigen Staatsstrukturen, die entweder Regime oder Familienunternehmen sind, der Abwesenheit eigener Grossindustrien ausser Öl und der Schwierigkeiten islamischer Völker mit dem modernen Bankwesen. Zwei Strukturmerkmale allerdings reichen weit in die Zukunft: zum einen die fortdauernde Bevölkerungsexplosion von drei bis vier Prozent pro Jahr in fast allen diesen Ländern, die die Bevölkerung permanent verjüngt und in zwanzig Jahren verdoppelt, und der damit verbundene radikale Gegensatz zwischen säkularem Staatsmodell, wie in der Türkei, und fundamentalistischen Strömungen, wie im Iran und, in unterdrückter Form, in Algerien oder Ägypten. In Zentralasien, wo der islamische Krisenbogen die sowjetische Erbfolge schneidet, ist nicht nur eine geopolitische Neuorientierung im Gang, sondern dort wir auch um Einfluss und Ölgerungen zwischen Mächten, die wissen, dass dort und nirgendwo anders ihr Grossmachtstatus gewonnen oder verloren wird. Das gilt für Russland, die Türkei, Iran und China. Sie werden das künftige zentralasiatische Powerplay bestimmen. Denn was immer die Vergangenheit wert ist, keines dieser Länder kann dem Nachbarn erlauben, die zentralasiatische Erde zu erben.

(Fortsetzung folgt)

Der neue Feind: Unsicherheit und Instabilität.